



Ausgabe 06/2013

10. April 2013

SPD-Spitzenkandidat Ude bezieht Stellung zur Inneren Sicherheit

Der Spitzenkandidat der Bayerischen SPD für die Landtagswahl 2013 und Münchner Oberbürgermeister Christian Ude hat am Montag sein Programm für den Bereich der Inneren Sicherheit vorgestellt. Bei der Konferenz waren auch einige Mitglieder des GdP-Landesvorstands anwesend, u.a. der Landesvorsitzende Helmut Bahr, der Vorsitzende der BG München, Michael Bogatzki sowie Karin Peintinger und Christl Kern und Johann Hohner. Begleitet und moderiert wurde die Konferenz vom GdP-Ehrenvorsitzenden und sicherheitspolitischen Sprecher der SPD, Harald Schneider.

Nach einem ausgiebigen Lob an die ausgezeichnete Arbeit der Bayerischen Polizeibeamten stellte Ude seine Vorstellungen einer modernen Sicherheitspolitik in Bayern vor. Positiv erwähnte Ude zunächst die Offensive von Innenminister Joachim Herrmann beim Ausbau der Video-Überwachung. Ude verwies dabei auf die lückenlose Überwachung der Münchner U-Bahnhöfe und den Status Münchens als sicherste Großstadt Deutschlands.

Die SPD wolle zudem unter seiner Führung den Personalstand ausbauen und bis 2018 jeweils 1.000 neue BiA pro Jahr einstellen. Dringend notwendig seien seiner Meinung nach auch höhere Investitionen in die Sanierung von Dienstgebäuden und die Anschaffung von Polizeifahrzeugen. Konkret forderte er eine Anhebung des Dienstkleidungszuschusses von 22,50 auf 50 €. Darüber hinaus versprach er auch, die Ballungsraumzulage angesichts dramatisch gestiegener Mietpreise zu verdoppeln. Als weiteres Anlie-

gen formulierte er eine bessere Unterstützung der Kollegen durch den Dienstherrn bei Schadensersatz- oder Schmerzensgeldforderungen. Der Freistaat Bayern müsse hier unbedingt in Vorleistung gehen.

Finanzieren möchte Ude diese Mehrausgaben mit der klaren und ehrlichen Aussage, dass zusätzliche Staatsausgaben auch zusätzliche Einnahmen erfordern. Zur Diskussion über Gewalt von Polizei-

beamten stellte sich Ude ganz klar hinter die Bayerische Polizei. Es dürfe zwar kein polizeiliches Fehlverhalten unter den Teppich gekehrt werden, dennoch müsse stärker verdeutlicht werden, dass bei über einer Million Einsätze im Jahr die Zahl der Verstöße im Promillebereich liegt und die Bürger des Freistaats die Bayerische Polizei nach wie vor als verlässlichen Partner ansehen.



V.l.: MdL Harald Schneider, LV Helmut Bahr, OB Christian Ude, Christl Kern, Michael Bogatzki, stv. LV Karin Peintinger

Bernhard Witthaut zum Polizeipräsidenten berufen

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Bernhard Witthaut, soll zum Präsidenten der Polizeidirektion Osnabrück berufen werden. Das gab der Innenminister von Niedersachsen, Boris Pistorius, bekannt. Die Entscheidungen über personelle Veränderungen in den mit politischen Beamten besetzten Spitzenfunktionen in der Polizei dieses Bundeslandes obliegen einzig und allein der Landesregierung. Witthaut: „Der Vorschlag des Innenministers ist für mich völlig überraschend gekommen. Es ehrt mich, wenn dann das Kabinett am kommenden Dienstag in Hannover dem Vorschlag von Boris Pistorius zustimmt.“ Er sehe die neue Aufgabe als persönliche Herausforderung und

zugleich als Chance, die Arbeit in der Polizeidirektion Osnabrück gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen zu gestalten, so der GdP-Bundesvorsitzende. Seine als Gewerkschafter gesammelten Erfahrungen könne er in das neue Amt einfließen lassen. Er wolle sich auch künftig den Belangen der Beschäftigten annehmen und klare Positionen zu wichtigen Themen rund um die öffentliche Sicherheit beziehen. Wie Witthaut weiter sagte, werden die GdP-Gremien in den kommenden Wochen ausführlich über die Nachfolge an der Spitze der Gewerkschaft der Polizei beraten. Er gehe davon aus, dass Mitte Mai eine entsprechende Entscheidung gefallen sein wird.

V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

www.gdpbayern.de

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Hansastraße 17, 80686 München



Andreas Holzhausen zum neuen Vorsitzenden der BG Niederbayern gewählt

Unter dem Motto „Wichtiger denn je - Euere GdP“ fand am 21.03.2013 der 2. ordentliche Bezirksgruppentag der BG Niederbayern statt. Der Tag stand ganz im Zeichen der Verabschiedung des langjährigen Mitglieds und BG Vorsitzenden, Günter Kellermeier, aus Straubing. Günter Kellermeier war über 26 Jahre freigestellter Personalratsvorsitzender der früheren Polizeidirektion Straubing, Vorsitzender des Übergangspersonalrats beim neugegründeten PP Niederbayern sowie Mitglied im Hauptpersonalrat beim Bayer. Staatsministerium des Innern. Kellermeier wollte in seiner Funktion nicht nur verwalten - sondern vor allem mitgestalten.



Günter Kellermeier und LV Helmut Bahr

Mit hohem Engagement und seiner Persönlichkeit hat sich Kellermeier in all den Jahren für die Belange der Polizeibediensteten bei Politik und Führungsebene eingesetzt. Als Gewerkschafter hat er über mehr als 30 Jahre die GdP vor allem in Niederbayern geprägt. In seiner Abschiedsrede zog Günter Kellermeier eine positive Bilanz. Er hinterlasse eine selbstbewusste und erfolgreiche Bezirksgruppe mit mehr als 1200 Mitgliedern. Insgesamt habe die GdP 172.000 Mitglieder auf Bundesebene, davon 15.000 alleine in Bayern. Die Bezirksgruppe habe immer den Dialog mit Politik und Polizeiführung gepflegt. Die Themen Arbeitsschutz und Gewalt gegen Polizeibeamte lagen Kellermeier besonders am Herzen. Mit den Worten: „Schaut`s aufeinander, Helft`s euch, dann ist mir um die Zukunft der GdP nicht bang!“ verabschiedete sich ein sichtlich zufriedener Günter Kellermeier von den Delegierten.

Als neuer Vorsitzender der Bezirksgruppe Niederbayern wurde einstimmig der 44-jährige Andreas Holzhausen der KG Deggen-

dorf für die nächsten 5 Jahre gewählt. In seiner Antrittsrede erklärte Holzhausen, er nehme den verfassungsrechtlichen Auftrag der Gewerkschaften an und möchte diesen Auftrag in konstruktivem Miteinander mit Leben füllen. Die GdP sei heute wichtiger denn je: „Die Kolleginnen und Kollegen stehen rund um die Uhr für die Werte unserer Gesellschaft und die Sicherheit der Bürger ein.“



Mit PHK Andreas Holzhausen steht ein erfahrener und engagierter Polizeibeamter an der Spitze der BG Niederbayern. Der Vater zweier Töchter verrichtet derzeit Dienst bei der VPI Deggendorf, als Leiter des Gefahrguttrupps. Andreas Holzhausen wird unterstützt durch die Stellvertreter Hans Hopper, KG Passau, Siegfried Saatberger, KG Landshut, Martin Lehner, Gerhard Doppelhammer und Karin Peintinger, alle KG Straubing, Schriftführer Stephan, Maier, KG Passau, Finanzvorstand, Anita Herdrich, KG Straubing.

Im Rahmen einer Feierstunde konnte Günter Kellermeier zahlreiche Gäste aus Politik, Führungsebene der Polizei und GdP Abordnungen aus ganz Bayern begrüßen. Niederbayerns PVP Anton Scherl würdigte Kellermeier als konzeptionellen Vordenker, die Zusammenarbeit wäre immer konstruktiv gewesen. Gemeinsam hätte man viel Gutes für den Verband und die Bediensteten erreicht.

Ministerialrätin Dr. Claudia Roth (IC 3) überbrachte die Grüße des Innenministers sowie des LPP Waldemar Kindler. In ihrem Vortrag betonte Dr. Claudia Roth das Bedürfnis der Polizeiführung den Dialog mit den Gewerkschaften zu suchen. Die bayerische Polizei habe derzeit den höchsten Personalstand aller Zeiten. In den letzten 4 Jahren wurden 5.300 Nachwuchskräfte eingestellt. Man habe auch die steigende

Zahl der Ruhestandsabgänger im Auge und werde diese bei den künftigen Planungen berücksichtigen.

Für 2013 stehen weitere 340 und für 2014 weitere 500 neue Ausbildungsstellen zur Verfügung.

Ein Studium an der Fachhochschule müsse sich lohnen, weshalb eine Altersbeförderung nach A 12 am Ende der Laufbahn stehen müsse, bislang konnte dies verwirklicht werden. Für den DHH 2013/2014 sind mehr als 2.000 Dienstpostenhebungen vorgesehen, was zu einer spürbaren Entlastung in den Besoldungsgruppen mit Beförderungsstau führen wird. In der Änderung des Leistungslaufbahngesetzes (LbG) wurde der Beurteilungszeitraum von 3 Jahren und die Bündelungsbewertung für zulässig erklärt. Der Gesetzentwurf wird derzeit im Landtag beraten. Unabhängig davon bleibe es beim Vorrang der Leistungskriterien. Im Polizeisachhaushalt werden zusätzliche Mittel bereitgestellt, insbesondere für den Nachersatz von Alt- und Leasingfahrzeugen sowie für IuK-Schwerpunkttiteln. Die Sollstellenverteilung der 1.000 Stellen erfolgte nach den Faktoren Arbeitsbelastung, Bevölkerungsanteil, Flächenanteil und personellem Nachholbedarf. Das PP Niederbayern erhält daraus 113 Stellen.

Durch die Rückführung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden erhält das PP Niederbayern 45 Sollstellen. Auch an weiteren Themen wie Arbeitszeitveränderung und belastungsorientierter Strukturveränderung zeigte sich Komplexität der Probleme, die es gemeinsam mit den Gewerkschaften zu lösen gilt.

Einen eindringlichen Appell an die Vertreterin des Ministeriums richtete der Landesvorsitzende der GdP, Helmut, Bahr. „Auf die kleinen Dienststellen setzt die Bevölkerung, bitte lassen sie die nicht ausbluten“. Auch Bahr forderte mit Nachdruck, dass sich ein Studium lohnen müsse. Bahr überreichte für 40 Jahre Mitgliedschaft in der GdP eine Urkunde mit goldener Ehrennadel an Günter Kellermeier, seinen Freund und beratenden Mentor, wie Bahr ausführte. Der frisch gewählte und neue Vorsitzende Andreas Holzhausen ernannte Günter Kellermeier zum Ehrenmitglied der BG Niederbayern, er wurde unter großem Applaus verabschiedet.



GdP: Zoll soll Bundesfinanzpolizei werden

Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert, die Kontroll-, Fahndungs- und Ermittlungsdienste des Zolls in eine Bundesfinanzpolizei umzubauen. GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut: „Schmuggel, Betrug und Geldwäsche sind keine Kavaliersdelikte. Durch geschickt angelegte Umsatzsteuerkarusselle, mit Waffen-, Kriegswaffen-, Rauschgift- und Zigarettenschmuggel, mit Subventionsbetrug, kriminellen Außenhandel, Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung und Steuerhinterziehung werden auch in Deutschland jährlich Milliarden illegal erwirtschaftet. Am Ende zahlen stets Bürgerinnen und Bürger drauf.“

Eine Bundesfinanzpolizei sei schnell, unbürokratisch und weitgehend kostenneutral zu realisieren, sagte Frank Buckenhofer, Vorsitzender der Bezirksgruppe Zoll in der GdP. Das Zollkriminalamt könnte zudem als Zentralstelle der Bundesfinanzpolizei die Steuerfahndungen der Länder vor allem bei grenzüberschreitender Steuerkriminalität oder auch bei Hinweisen auf organisiertes Verbrechen unterstützen.

Am heutigen Freitag (22.3.) werde erstmals auf Antrag der Bundestagsfraktion Die Linke die Schaffung einer Bundesfinanzpolizei im Deutschen Bundestag beraten. Dabei greife Die Linke,

so Buckenhofer weiter, im Wesentlichen auf die Positionen der GdP zurück. Zu Beginn der laufenden Legislaturperiode hatten bereits die Bundestagsfraktionen der CDU/CSU und FDP das Thema angepackt, waren jedoch am massiven Widerstand des Bundesfinanzministeriums gescheitert.

Buckenhofer: „Die Bundesfinanzpolizei kann dem kriminellen Griff in die Staatskasse wirksam entgegentreten und Sozialschmarotzerei den Riegel vorschieben.“ Zudem würden auch dienst- und laufbahnrechtlichen Benachteiligungen von Zollbeamten gegenüber den Kolleginnen und Kollegen in der Polizei beseitigt.

„Bayerisches Bündnis für Toleranz“ tagt im Innenministerium

Pressemitteilung des Bayer. Innenministeriums vom 08.04.2013

Am Montag tagte das Plenum des ‚Bayerischen Bündnisses für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen‘ im Bayerischen Staatsministerium des Innern. Innenminister Joachim Herrmann würdigte in seinem Grußwort das große Engagement der mehr als vierzig Bündnispartner. Sie stellen durch ihre Mitgliedschaft im Bündnis und ihr dortiges inhaltliches und finanzielles Engagement unter Beweis, wie notwendig und wichtig es ist, rechtsextremen Aktivitäten in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen entgegen zu treten. „Unser erklärtes Ziel muss es sein, den Rechtsextremismus in Bayern und in ganz Deutschland noch stärker zu bekämpfen“, so Joachim Herrmann. „Dies gilt erst recht vor dem Hintergrund des am 17. April in München beginnenden Prozesses wegen der NSU-Mordserie. Diese Verbrechen haben uns auf grausamste Weise vor Augen geführt, welche Folgen politischer Extremismus haben kann.“ Besonders bedankte sich Innenminister Herrmann bei den beiden großen Kirchen, die Angehörige der NSU-Opfer und Nebenklagevertreter im bevorstehenden Prozess finanzielle und logistische Unterstützung zukommen lassen.

Die Sicherheitsbehörden haben aus der NSU-Mordserie bereits erste Konsequenzen gezogen. So haben Bund und Länder ein bundesweites gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) errichtet, das die Arbeit von Polizei und Verfassungsschutz noch besser verzahnt. Auch gibt es eine zentrale gemein-

same Datei von Polizei und Verfassungsschutz zum gewaltbereiten Rechtsextremismus, die einen möglichst umfassenden Informationsaustausch gewährleistet. Der Innenminister: „Und selbstverständlich bleibt auch ein Verbot der rechtsextremen NPD mein klares Ziel. Ich begrüße es sehr, dass die Länder im Bundesrat beschlossen haben, einen neuen NPD-Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht auf den Weg zu bringen. Ich bin zuversichtlich, dass wir hier Erfolg haben werden. Die NPD mit ihrer menschenverachtenden Ideologie muss endlich aus der deutschen Parteienlandschaft verschwinden.“

Der Sprecher des Bündnisses, Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, erläuterte eine der größeren Aktivitäten des Bündnisses in naher Zukunft. In drei Wochen werden die Mitglieder des Bündnisses gemeinsam mit dem Bayerischen Fußball-Verband gegen Rechtsextremismus Flagge zeigen. An insgesamt neun Spielorten der Bayernliga Nord und Süd werden prominente Vertreter des Bündnisses und des Fußball-Verbandes Banner mit der Losung „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus“ zusammen mit den Spielern der jeweiligen Mannschaften in die Stadien tragen. Die Zuschauer erhalten mit ihren Tickets Hintergrundinformationen zu dieser Aktion.

Der Fußball, so betonte Heinrich Bedford-Strohm, ist zu einem der Orte geworden, an dem Rechtsextremisten versuchen, ihre menschenverachtenden und gewaltver-

herrlichenden Botschaften in einem an und für sich unpolitischen Umfeld unter die Menschen zu bringen. „Diesen Tendenzen wollen wir uns gemeinsam entgegen stellen!“ An der Aktion nehmen neben dem evangelischen Landesbischof und seinem Vorgänger sowie vielen Kommunalpolitikern und lokalen Bündnissen auch Innenminister Herrmann, der Staatssekretär des Kultusministeriums Sibler, mehrere hohe katholische Würdenträger und die Vizechefin des bayerischen DGB teil. Schwerpunkte der Aktion sind Würzburg, Erlangen, Deggendorf und Fürstenfeldbruck.

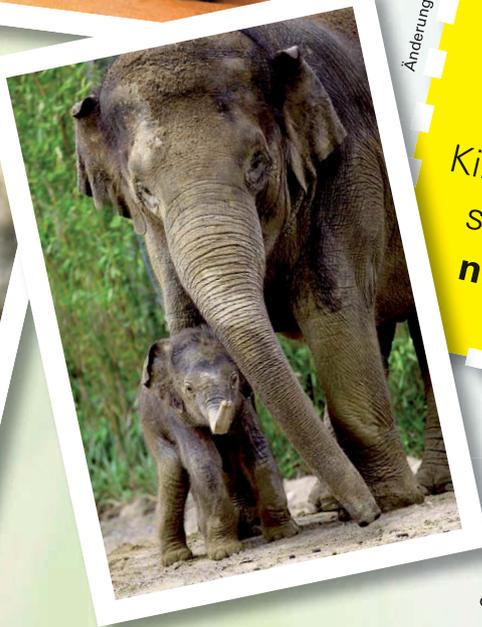
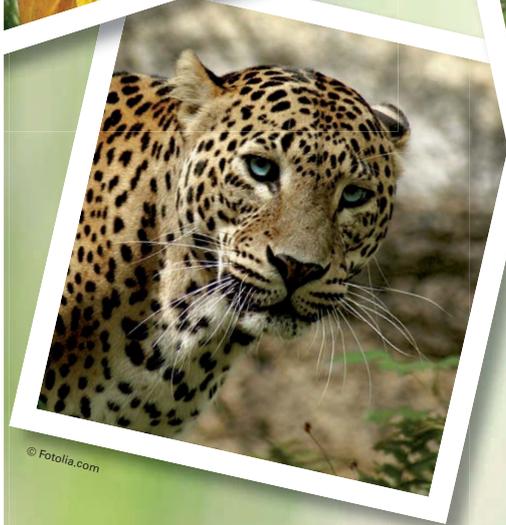
Die neuen Mitglieder des Bündnisses für Toleranz stellte der Geschäftsführer Martin Becher vor. Er freut sich, dass nun alle Wohlfahrtsverbände Mitglied im Bündnis sind – nach dem bereits im Herbst beigetretenen Bayerischen Roten Kreuz nun auch das Diakonische Werk, die Caritas, die Arbeiterwohlfahrt und der Paritätische Wohlfahrtsverband. Martin Becher unterstrich die Erfahrungen aus anderen Bundesländern, dass die Thematik des Rechtsextremismus leider auch vor Kindertagesstätten und der Erzieherinnenausbildung nicht mehr halt macht. Als weitere Mitglieder konnte das Bündnis mit der Versöhnungskirche Dachau einen wichtigen Ort der Erinnerungs- und Gedenkarbeit sowie mit der Johanniterhilfe Bayern einen weiteren Hilfsdienst begrüßen. Damit ist das Bayerische Bündnis für Toleranz auf 49 Mitglieder angewachsen.



Änderungen vorbehalten - August 2012

Mitglieder-Special:

Erwachsene
statt 12,00 Euro
nur 8,50 Euro
Kinder 4-14 Jahre
statt 5,00 Euro
nur 4,00 Euro



EINMAL UM DIE WELT

GdP Service GmbH

IM TIERPARK HELLABRUNN

Genießt einen Ausflug um die ganze Welt zu Sonderpreisen für Mitglieder der GdP und Angehörige! Vom Pinguin zum Elefanten, vom Känguru zum Seelöwen, vom Greifvogel zum Raubtier. Erlebnisse, die unter die Haut gehen...

Die ermäßigten Karten unseres Mitglieder-Specials erhaltet Ihr bei Eurer GdP Service GmbH: Telefon 089/57 83 88 28
info@gdp-servicegmbh.de
Hansastraße 17
80686 München



© Vitally Krivosheev, Fotolia.com